

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

24.4.1862 (No. 96)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 24. April.

N. 96.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einzugsgebühren: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Telegramme.

New-York, 9. Apr. Bei Corinth in Alabama*) hat eine große Schlacht stattgefunden. Die von den Generalen Beauregard und Johnston befehligten Südstaatlichen griffen das Unionstheer an und errangen Anfangs bedeutende Vortheile, sahen sich jedoch später, nachdem die Unionisten Verstärkungen erhalten hatten, zum Rückzuge nach Corinth genöthigt. Die Verluste des Unionstheeres an Todten und Verwundeten werden auf 20,000, die der Konföderierten auf 35,000 angegeben. (?) General Johnson war getödtet und General Beauregard verwundet. — Die Mississippi-Insel Nr. 10 hat sich den Unionisten ergeben.

New-York, 12. Apr. Die Verschanzungen der Südstaatlichen, welche die Halbinsel Fort Mifflin durchschneiden, sind mit 500 Kanonen bewaffnet. Man erwartet einen verzweifelten Widerstand. Noch ist kein offizieller Bericht über die Schlacht bei Corinth erschienen; 70,000 Mann waren auf jeder Seite am Kampfe betheiligt. Die Verluste waren übertrieben. Der südstaatliche Kongress erklärte die nördlichen Häfen (des Südbundes) der freien Einfuhr der Waaren aller Nationen, mit Ausnahme derer der nordamerikanischen Union, geöffnet. Die Unionstruppen haben Hauteville in Alabama besetzt.

Madrid, 22. Apr. Es wurde, dem Vertrag von Tejuacan gemäß, beschlossen, kein Gebiet um Mexiko in Besitz zu nehmen. Die ad hoc ernannte Cortescommission soll sich für Anerkennung der Schuld von 1823 aussprechen.

Turin, 22. Apr. Der König ist heute Morgen, von dem Minister des Innern und der Marine begleitet, nach Neapel abgereist. Der Prinz von Capua ist in voriger Nacht gestorben.

Turin, 22. Apr. Die „Italie“ zeigt an, daß das französische Mittelmeer geschwader Befehl erhalten hat, sich nach Genua zu begeben, um den König nach Neapel zu begleiten. Demselben Platz zufolge wird das englische Geschwader gleichfalls den König begleiten, und General Goyon sich zur Begrüßung Viktor Emanuel's nach Neapel begeben.

Athen, 20. Apr. Die königlichen Truppen sind heute in die Festung Nauplia eingezogen, und es wurde dort die gesetzliche Ordnung sofort wieder hergestellt.

Marseille, 22. Apr. Briefe aus Athen berichten, daß die aus der Türkei geflohenen Albanesen bände, welche mehrere Provinzen Griechenlands durchzogen hatte, in der Nähe von Athen festgenommen und in sichern Gewahrsam gebracht wurde. In Nauplia herrschte große Verwirrung.

Alexandria, 22. Apr. Ein offizielles Rundschreiben der ägyptischen Regierung benachrichtigt ihre Konsula von der Reise des Biskop's nach Europa. Die Abreise Saïd-Pascha's wird den 24. d. M. stattfinden. Ismail Pascha übernimmt interimistisch die Regierung; Sherif Pascha ist mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt. Der Biskop wird Candia, Italien, Frankreich, England und Desterreich besuchen.

*) Wir finden Corinth auf unsern Karten nicht verzeichnet; verschiedene Blätter verlegen den Ort nach dem nördlichen, an Temesche und Alabama grenzenden Winkel des Staates Mississippi, da, wo der Fluß Tennessee in einer Krümmung diesen Staat verläßt. Die Armeen unter Beauregard war die westliche Hauptarmee der Südstaatlichen. Mit dem Fall der Insel Nr. 10 ist es den nordstaatlichen Kanonenbooten möglich geworden, den Mississippi hinabzugehen, um New-Orleans anzugreifen. — D. Red.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 23. Apr. Neununddreißigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; Geh. Kriegs- rath v. Froben.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf folgender Petitionen an:

1) Bitte von Aerzten von Emmendingen und Eichstetten um Freigebung der ärztlichen Tare und Schugmittel zur Betreibung von ärztlichen Forderungen; übergeben vom Abg. Benzler.

2) Bitte von Bewohnern der Stadt Schopfheim im Anschluß an die 3 Petitionen der Mannheimer Fortschrittspartei um Revision der Gemeindeordnung, Durchführung einer zeitgemäßen Schulreform, und Revision der Gesetze über die Presse, die Vereine und die Versammlungen; eingekommen beim Sekretariat.

3) Bitte einer Anzahl Bewohner von Durlach um Gestattung des freien Ausschanks selbstgezeugter Weine und Umwandlung des konzeptionierten Wirtschaftsgewerbes in ein freies Gewerbe; eingekommen beim Sekretariat.

4) Bitte verschiedener Gemeindebürger von Goldschneer, Oberamt Offenburg, die Aufhebung des großen Bürgeraus- schusses und Einführung unmittelbarer Gemeindevahlen betr.

5) Bitte des Gemeinderaths in Biederbach, Amt Waldkirch, um Unterhaltung der sogen. Eckstraße von Elzach nach Haslach aus Staatsmitteln betr.

6) Bitte der Handelskammer und des Gemeinderaths in Rastatt, den Bau der Schwarzwaldbahn durch das Murgthal betr.

7) Bitte von 24 Gemeinden des Amtsbezirks Billingen, die Beförderung der Viehzucht betr.; übergeben vom Abg. Kirchner.

8) Bitte der Gemeindeglieder und Einwohner von Hornberg um Erbauung der Kinzigthal-Bodenfelder-Eisenbahn; übergeben vom Abg. Eckhard.

9) Bitte der Gemeinde Markelsingen um Erbauung einer Eisenbahn von Radolfzell nach Wehrich; übergeben vom Abg. Haager.

10) Gleiche Bitten von Nudlingen, Sentenhardt, Stritten a. d. M., Altheim, Heinstetten, Oberglashütten, Hausen, Neidingen, Unter- glashütten, Worbendorf, Schwenningen; übergeben vom Abg. Schwarzmann.

11) Bitte des Gemeinderaths von Bögingen, die Anlage einer Eisenbahn von Donaueschingen über Freiburg nach Breisach betreffend; übergeben vom Abg. Wenzler.

12) Gleiche Bitten von Merdingen, Steig; eingekommen beim Sekretariat.

13) Bitte von 22 Gemeinden des Amtsbezirks Neustadt, die Erbauung einer Eisenbahn von Donaueschingen über Neustadt durch das Höllenthal nach Freiburg und Breisach betreffend; übergeben vom Abg. Baer.

Der Abg. Werner ist durch Krankheit am Erscheinen verhindert, der Abg. Achenbach erhält wegen dringender Geschäfte auf acht Tage Urlaub.

Die Abgg. Häuser und Hägelin zeigen druckfertige Berichte an.

Die Tagesordnung führt zur Verathung des Berichts des Abg. Frid über das ordentliche Budget des großh. Kriegsministeriums für 1862/63.

Im Eingang bemerkt der Bericht:

„Das Budget des großh. Kriegsministeriums bildete beinahe auf jedem Landtag den Grund eines mehr oder weniger bedeutenden Zerwürfnisses zwischen der großh. Regierung und den Ständen, indem die erstere sich bei ihren Anforderungen auf ihre Bundespflichten berief, und die letzteren die Bundes- Kriegsverfassung entweder anders auslegten, als die großh. Regierung, oder doch von dieser verlangten, sie möge auf Min- derung der Bundesforderungen hinwirken.“

Wir werden hier keineswegs auf all Dasjenige zurückkom- men, was man in volkswirtschaftlicher Beziehung entweder den stehenden Heeren überhaupt oder doch der stets anschwel- lenden Größe derselben vorwirft. Es würde dieses uns selbst unter Berücksichtigung der Erfolge des Kriegs in Amerika zu seinem Resultat führen; für und bleibe die Bundes-Kriegsver- fassung in ihrem im Jahr 1855 revidierten Bestimmungen die Regel. Daß jedoch die Klagen über das Anschwellen des Militärbudgets auch bei und nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt ein einfacher Ueberblick über dessen Veränderungen in den letzten 30 Jahren. Es ist dasselbe nicht nur abfolur, son- dern auch im Vergleich mit den Einnahmen sehr beträchtlich gewachsen. In den Jahren 1831 auf 1832 betrug nämlich der Militäraufwand bei einer reinen Staatseinnahme von 8,611,095 fl. nur 1,633,003 fl., also nur 18,96 Proz., und ist, natürlich mit mancherlei Schwankungen, bis zum Jahr 1847 auf 22,73 Proz. gestiegen. Die Jahre 1848 und 1849 können begreiflicher Weise keinerlei Anhaltspunkte für die Ver- gleichung geben, und ebensowenig die ersten Jahre von 1850 an, weil eine ganz neue Organisation durchgeführt wurde. Der Aufwand stieg im Lauf der fünfziger Jahre bis auf 48 Proz. und kam nie unter 21,17 Proz. herunter; er erreichte namentlich noch 1859 in Folge der damaligen Kriegsbereit- schaft eine sehr bedeutende Höhe.

Für die Periode 1860/61 war derselbe mit dem außer- ordentlichen Aufwand auf 25 Proz. angeschlagen und für die 37er Verathung vorliegende Periode 1862/63 soll der ordent- liche Aufwand allein, bei einer Reineinnahme von 11,575,459 fl., 2,906,717 fl. oder über 25 Proz. betragen.“

I. Einnahmen und Einnahmelaften.

Der Antrag der Budgetcommission: die eigenen Einnah- men des großh. Kriegsministeriums mit 55,600 fl., und die Einnahmelaften mit 3600 fl. für jedes der beiden Jahre 1862 und 1863 gutzuheißen, wird nach einigen Bemerkungen Sei- tens des Präsidenten des Kriegsministeriums, Generalleu- nant Ludwig, des Berichterstatters Frid und des Abg. Kirchner angenommen.

II. Eigentlicher Staatsaufwand.
Derselbe wird auf 2,979,918 fl. für jedes der beiden Budgetjahre berechnet.
Im Budget für 1860/61 waren gefordert und zwar für 1860 2,652,653 fl. für 1861 2,641,303 fl. und verwilligt für 1860 2,636,165 fl. für 1861 2,624,815 fl.

Im Mittel verwilligt 2,630,490 fl.

also werden jetzt mehr gefordert 349,428 fl.

Im Einzelnen werden gefordert für

Tit. I. Kriegsministerium jährlich 56,861 fl.,

Tit. II. Generaladjutantur 15,510 fl.,

und ohne Diskussion genehmigt.

Tit. III. Armeekorps. Zu §. 1 Generallstab ist die

frühere Bewilligung 26,493 fl., jetzige Forderung 26,996 fl.,

mehr 503 fl.

Die Kommission bemerkt hiezu: „Hievon entfallen 150 fl. auf Gehaltssteigerung des jetzigen Stabsquidens, welcher seiner besondern Brauchbarkeit wegen vom Derguiden zum Stabs- guiden vorgerückt sei. Ihre Kommission will hiergegen Nichts einwenden. Was die Ernennung eines weitem Guiden mit 300 fl. betrifft, so haben wir allerdings einen Guiden an den Generallstab des 8. Armeekorps abzugeben, und zwei sind für den Generallstab unserer Division bestimmt. Die Budget- commission verkennt auch nicht, daß Guiden nicht so leicht zu erzeugen sind, kann aber dennoch aus diesem einzigen Grunde die Ernennung eines weitem Guiden nicht für gerechtfertigt ansehen; wohin würde es führen, wenn alle Staatsstellen auf diese Art ihren Ersatz nachziehen wollten. Für den laufenden Dienst müßte aber unter den Offizieren eine Anstalt zu fin- den sein.“

Ihre Kommission trägt darum auf Strich dieser 300 fl. an, wonach für Tit. III. 1 Generallstab anstatt 26,996 fl. nur 26,696 fl. zu bewilligen wären.“

Nachdem der Präsident des Kriegsministeriums, General- leutnant Ludwig, die Forderung der Regierung vertheidigt und bemerkt hatte, daß dieselbe mindestens auf der Bewilligung von 200 fl. für einen Guidenzugung bestehen müsse, stellt der Abg. Sieb den Antrag, die geforderten 300 fl. ganz zu be- willigen.

Berichterstatter Frid weist darauf hin, daß es sich nicht gerade darum handle, diesen einen, an und für sich unbedeu- tenden Posten zu streichen, daß man aber auf eine durchgehende Verminderung des Budgets sehen müsse, welches durch viele kleine Posten anschwelle.

Es wird hierauf, da der Antrag des Abg. Sieb nicht unter- fügt ist, der Kommissionsantrag angenommen.

Tit. III. 2a. Infanterie-Divisions- und Bri- gade-Kommandos. Frühere Bewilligung 21,556 fl., jetzige Forderung 21,856 fl., mithin mehr 300 fl. Hievon entfallen 200 fl. auf Alterszulage für einen Offizier und 100 fl. auf Erhöhung des Bureauversums des Divisionärs. Der Kommissionsantrag auf Genehmigung der geforderten Summe von 21,856 fl. wird angenommen.

Bei Tit. III. 2b. Infanterieregimenter und Ba- tallione werden im Ganzen jährlich 1,039,337 fl., gegen früher 4,210 fl. weniger, verlangt, worunter für Offiziere 12,112 fl. mehr als in der vorhergehenden Budgetperiode. Die Kommission beantragt die Bewilligung, und bemerkt hiebei:

„Was die Vertheilung der Offiziere in Besoldungsklassen betrifft, so ist bereits in dem Budgetbericht für 1860/61, Seite 17 der Wunsch ausgesprochen, daß die großh. Kriegsver- waltung darauf bedacht sein möge, die Zahl der Hauptmän- ner erster Klasse, welche unverhältnißmäßig groß ist, allmählig zu vermindern.“

Der Budgetsach gab damals auf 16 Hauptmänner zweiter Klasse 32 Hauptmänner erster Klasse, obwohl anerkannt wurde, daß der Effectivstand nur 29 auf 32 gab. Das gegen- wärtige Budget rechnet 22 auf 40 und der Effectivstand hat 28 auf 36 und ist also für die Staatskasse ungünstiger geworden. Die großh. Kriegsverwaltung sagt aus auf Seite 20 der Budgetvorlage, daß sie in Bezug auf die Ehrengelder überall nach den bisher anerkannten Grundätzen verfahren sei, und daß „das frühere Verhältniß von $\frac{1}{2}$ Hauptmännern erster Klasse und $\frac{1}{2}$ Hauptmännern zweiter Klasse, wenn auch nur annä- hernd, wieder eingehalten wurde.“ Wir müssen uns in dieser Beziehung der früheren Budgetcommission anschließen und die Erwartung aussprechen, es werde die Zahl der Hauptmän- ner erster und zweiter Klasse allmählig gleich gemacht werden.“

Nach einer kurzen Diskussion zwischen dem Präsidenten des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, dem Abg. Kirchner, Geh. Kriegs- rath v. Froben und dem Bericht- erstatter Frid wird der Antrag der Kommission ange- nommen.

Bei Tit. III. 3a. Reiterbrigade-Kommando wird der Kommissionsantrag auf Genehmigung der gefor- derten Summe von 7388 fl. für jedes der beiden Jahre an- genommen.

Bei Tit. III. 3b. Dragonerregimenter bemerkt

die Kommission:

„a. Offiziere. Nach der oben ausgeführten Berechnung müßten selbst nach der Ansicht der großh. Regierung nicht mehr als 64, nach unserer Rechnung nur 57 Offiziere vor- handen sein; die großh. Regierung hat 67 in Ansat, d. h. noch einen mehr, als ohne Vorkanthaltung von $\frac{1}{2}$ nöthig wäre.“

In der Formation ist diese Zahl nicht begründet. Schon bei der letzten Budgetverathung hatte, wie oben angeführt, die Kommission den Antrag gestellt, alle über 57 vorhandenen Leutnante in das außerordentliche Budget zu übertragen. Damals waren es derer mehr als jetzt. Indem Ihre Kom- mission, meine Herren, hier auf das bei der Infanterie Ge- sagte Bezug nimmt, und auch bis jetzt noch das allernächste

Spielraum, innerhalb dessen der Arzt je nach der Schwierigkeit der Diagnose und Behandlung der hiesigen erforderten Zeitverwendung und Wärmehaltung, Fortschreiten, Apparate und Hilfsmittel, den Vermögensverhältnissen des Patienten u. s. w. sich zu bewegen hat.

3) Aufhebung der Verbindlichkeit zur unentgeltlichen Behandlung der Armen, durch welche bisher vom Staate über die Kräfte des Arztes, für den er gar nichts getan hat, als ihm gestatte, die erlernte und durch zwei rigorose und theure bezahlte Prüfungen nachgewiesene Kunst auszuüben, zum Vortheil der Gemeinden, die für den Arzt ebenfalls nichts thun, verfügt wurde.

4) Erhöhung der Rechtskosten-Entscheidung, die schon zur Zeit der Erlassung der gegenwärtigen Tarordnung sehr knapp bemessen (2 fl. 40 kr. für den ganzen Tag), gegenwärtig, wo sowohl der Ankaufspreis der Pferde als die Futterpreise, und damit auch die Mietpreise für Fuhrwerk bedeutend, in die Höhe gegangen sind, durchaus nicht mehr genügen.

5) Erhöhung des Gebührensatzes für gerichtliche und polizeiliche Berrichtungen, z. B. Gutachten (für das schwierige und umfassende gerichtliche Gutachten darf gegenwärtig nicht mehr als 3 fl. angelegt werden), und für mündliche Gutachten vor den Schwurgerichten und für Gutachten in zivilrechtlichen und administrativen Angelegenheiten befehlsgemäße Gutachten (für Gutachten u. dgl.).

Die eingereichten Petitionen enthalten aber außer der in erster Reihe aufgestellten Bitte um Aufhebung der Tarordnung noch eine zweite, um größere Rechtsicherheit für die Desertionsverordnungen der Ärzte. Hiermit sind wohl alle Ärzte einverstanden, und wurde wohl keiner Anstand genommen haben, eine hiesig gerichtliche Petition mit zu unterzeichnen.

Stuttgart, 22. Apr. (Württ. Bl.) Gestern hielt der f. preuß. Geheimrath v. Delbrück in Bezug auf den preussisch-französischen Handelsvertrag eine längere Besprechung mit dem Hrn. v. Baudouin und dem Abgeordneten M. Wohl und Prof. Dr. Schäffer. Der Direktor der Centralstelle für Handel und Gewerbe Dr. v. Steinbeis, soll durch den Telegraphen von London hierher berufen worden sein. Auf nächsten Donnerstag Nachmittag hat die Centralstelle für die Landwirtschaft eine Beratung über den Vertrag, soweit derselbe landwirtschaftliche Produkte betrifft, mit Sachverständigen angestellt.

Koblenz, 22. Apr. Die Wahlbewegung hat in den letzten Tagen ihren Kulminationspunkt erreicht; es ist fast kein Bezirk in unserer Provinz, in dem nicht während derselben eine Unruheverkündung stattgefunden hätte, welchen bezuwohnen die Landleute selbst weite Wege nicht scheut haben. Eine Theilnahme an untern öffentlichen Angelegenheiten, wie die gegenwärtige, ist ohne Beispiel in der Geschichte uneres konstitutionellen Lebens; in dessen merkwürdige Phase wir wohl gerade jetzt eingetreten sind. Bis jetzt deuten alle Wahrnehmungen auf den entscheidenden Sieg der Fortschrittspartei, und an vielen Orten haben selbst die Versuche einer Bildung sog. konstitutioneller Fractionen nicht gelingen wollen. Wie dem beliebigen auch hier ein solcher an dem Mangel an Selbstvertrauen gescheitert ist, da dem Komitee der Wuth fehlte, mit seinem Programm und seiner Unterschrift an die Öffentlichkeit zu treten. Die Ultramontanen in unserer Stadt haben beschlossen, sich der Wahlen gänzlich zu enthalten, in Köln wo die Partei sehr schwach geworden ist, will sie den Hrn. Neugebauer als Kandidat aufstellen. In Westfalen sind die Verhältnisse ungefähr wie am Rhein.

Düsseldorf, 17. Apr. Die Forderung des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen macht zwar fröhliche, aber doch nur langsame Fortschritte.

Köln, 20. Apr. (Zeit.) Bekanntlich haben viele der preussischen Firmen, welche die Leipziger Messe zu besuchen pflegen, beschlossen, am 28. April, dem Tag der Wahlen in Preußen, nach die Messe zu beziehen, an der Wahlurne zu erscheinen. Im Hinblick darauf wäre es wünschenswert, daß die übrigen, die Leipziger Messe beziehenden deutschen Firmen den preussischen Kaufleuten zu der Erfüllung ihrer patriotischen Pflicht die Hand reichen und auch ihrerseits am 28. April die Geschäftsreise antreten. Es würde sich wohl empfehlen, daß in Leipzig ein Komitee zusammenträte, um diesem vielfach laut werdenden Wunsch den zweckmäßigen öffentlichen Ausdruck zu geben.

Köln, 21. Apr. (Bl. Z.) Gestern hielt der Vorstand des Nationalvereins eine Sitzung, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, zwölf deutsche Arbeiter von Londoner Industriekongressen auf Vereinskosten zu schicken. Die Ausführung dieses Beschlusses ist die Redaction des Arbeitsgeber betraut worden. Es werden hierbei zu diesem Zweck 2400 fl. zur Verfügung gestellt, mit dem Auftrag, die Wahl der geeigneten Persönlichkeiten unter Berücksichtigung der vornehmsten Industriezweige und Industriegebiete, sowie hervorragender junger Talente zu treffen. Aus Konstantinopel vom 14. ist die Nachricht eingetroffen, daß die dortigen Mitglieder des Nationalvereins, welche bereits die Zahl von 51 erreicht, eine Zustimmungadresse an die deutsche Fortschrittspartei in Preußen erlassen haben.

Altenburg, 18. Apr. (Hob. Z.) Die Relationen vention zwischen Altenburg und Preußen ist abgeschlossen. Obriß und Majore werden von Preußen ange stellt, die Hauptleute in die preussische Armee ein.

Dresden, 16. Apr. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung, die Anstellung der Wahllisten für die Landtagswahlen betreffend, erlassen.

Sondershausen, 20. Apr. Der Leipziger Bl. zufolge hat sich Staatsminister v. Fickler auf den Wunsch des Fürsten bestimmen lassen, die Leitung der Geschäfte wieder zu übernehmen, und ist fast gestern in die von ihm selbst bekleideten Funktionen wieder eingetreten. (Zago vorher die es, der Cep. Staatsrath Schönmann, welcher bereits vor dem

Eintritt des Hrn. v. Fickler den Vorsitz im fasslich in Ministerium führte, ist probatorisch wieder damit betraut worden.)

Altenburg, 17. Apr. Der „Wesf.-Ztg.“ zufolge wird dem französischen Handelsvertrag die diesseitige Regierung keine Schwierigkeiten bereiten. Eine außerordentliche Einberufung des Landtags wird dieserhalb nicht beabsichtigt; vielmehr ist anzunehmen, daß die Regierung dem Weg der außerordentlichen Gesetzgebung betreten werde, wie dies daraus hervorgeht, daß die Erfüllung der für das Vereten dieses Weges verfassungsmäßig vorgeschriebenen Bedingungs, nämlich die vorgängige gutachtliche Vernehmung des ständigen Landtagsauschusses, bereits eingeleitet ist. Regierer ist 24 diesem Zweck auf den 23. d. M. einberufen.

Darmstadt, 16. Apr. (H. Z.) Die Kommission für die Revision des Verfassungsentwurfes hat gestern abgehaltenen Sitzung verhandelt. Dieselbe wird hier bis Diern eine vollständige und nach den Feiertagen eine Eilbesichtigung vorzunehmen.

Berlin, 22. Apr. Die „National-Ztg.“ schreibt: Die Pr. v. d. Höhe hat den 10 bestimmten Entschluß in seinem bekannten Schreiben der neuen Kammer eine Verinänderung des Mißverhältnisses zum Westfälischen Millionen wird das Wort reden können, ist nicht wohl abzusehen. Die Ansicht ist sehr verbreitet, daß der neue Titel (für den 16. April) der wegen der Wahlen nicht wohl länger aufgeschoben werden konnte, doch keineswegs die definitive Absicht eines Kompromisses zwischen dem Hrn. Finanzminister und dem Regimentsminister bezeichnet. Vielmehr sollen so bedeutende Differenzen bestehen, daß der Bestand des neuen Ministeriums überhaupt ernstlich in Frage gestellt wäre. Untere Stadt war gestern und heute mit Gerüchten erfüllt, nach welchen der Wahltag bevor schon vor den Wahlen herbeieilen könnte.

Auch die „Korresp. Stern“ spricht von diesen Gerüchten, jedoch mit dem Ansehen, daß sie grundlos seien. Das letzte Ministerium sehe allerdings auf schwachen Füßen, es werde aber jedenfalls den Ausfall der Wahlen abwarten, ehe es sich zu einem entscheidenden Schritte entschliesst.

Ueber die Resultate der Beratungen der großen Kommission erfährt daselbst daselbst Organ, daß die von derselben vorgeschlagene Ersparnisse die Summe von 1,300,000 Thlr. nicht übersteigen und daß außer der individuellen Verelendung während einer gewissen Zeit des 3. Dienstjahres auch eine Verringerung der Train-Mannschaften, wie Herbe beschloffen worden ist. Von einer 3. oder 4.jährigen Dienstzeit sei der den Beratungen überhaupt gar nicht die Rede gewesen. Auf den Wunsch der Königin Viktoria soll Se. Maj. der König beschloffen haben. Se. Königl. Hoheit den Kronprinzen u. zur bevorstehenden Eröffnung der Weltausstellung nach London zu senden.

Danzig, 17. Apr. Die Deputation des hiesigen Stadt- und Kreisgerichts hat in ihrer gestrigen Sitzung beschloffen: die Weigerung des Redakteurs der „Danz. Ztg.“, Rücktritt, sich aber die Art, wie der Wahltag der Kreisregierung vom 27. März zu seiner Kenntnis gekommen, eoblich vernehmen zu lassen, für begründet zu erklären, und den Antrag der fön. Staatsanwaltschaft, denselben durch Zwangsmittel, juristischen Auslagen darüber anzuhalten, zurückzuweisen.

Wien, 19. Apr. Der Wiener Korrespondent, welcher der „Frankf. Volkszeitung“ schon früher Mittheilungen über die Bestrebungen der sog. Koalitionstaaten in der Bundesreform-Sache gemacht hat, von denen er nachträglich selbst zugibt, daß sie mindestens „verfrüh“ waren, läßt sich wieder vernehmen. Seinen Angaben zufolge wird der Abschluß des französisch-preussischen Handelsvertrags die äußerste Belästigung in die noch schwebende Verhandlung bringen. Diese Verhandlung drehe sich um die Frage der für die Ausschüße der deutschen Kammer am Bunde zu beantragenden Kompetenz. Ein Theil der betreffenden Regierungen, so namentlich Sachsen und Preußen, hat sich für diese Ausschüße eine erweiterte Kompetenz auf konstitutioneller Grundlage zu geben, d. h. dieselbe nicht auf einen bloßen Vertrag zu beschränken.

Paris, 22. Apr. Die Freisprechung des Mirès ist auch heute noch das für wahrscheinliche Gepräch in allen Kreisen der Pariser Bevölkerung. Die Speculation, welche diese cause cèlèbre und ihr mehr als unerwarteter Ausgang hier wie in London, in Marseille wie wohl gänzlich bei ihrer Herdrunft, ist eine außerordentliche. Und freilich bei solcher Verheertheit der Ansichten der Gerichte, die über diesen Fall bereits geurtheilt haben. Das Mirès, die ihm in Depot gehaltenen Wertpapiere verkauft, findet das Gericht zu Donau ganz in der Ordnung, weil ein Bankier kein Verwahrer ist und sich selbstredend die freie Verfügung über das Interpellations vorbehält, wenn er zu 5% (dem eigenen Kostenpreise) Vorzüge macht. Da ferner Mirès so aufrichtig an Waise glaubte, daß er selbst mit Verlust in dieser Richtung operirte, so war seine rasche Veräußerung der depôts à la hausse wohlgegründet und fällt selbst die Anuldigung des Betrugs (escroquerie) weg. Was die Aufstellung der Bilanz und Vertheilung von Dividenden betrifft, so ist in den Verhandlungsgründen namentlich das Motiv hervorzuheben, daß Mirès besagt war (1860), die Aktien seiner Caisses al part im Institutum aufzuführen, weil andere Establishments, namentlich die Bank von Frankreich, dies, trotz der Differenz mit dem Börsenkurs, gleichfalls thun. Wie dem auch sei, Mirès ist gestern Nacht um 11 Uhr in Paris angekommen und in seinem Hotel der Rue neuve des Mathurins abgelenkt. Bereits heute Morgen fanden sich zahlreiche Bekannte und Bekannte wieder auftauchende Freunde des Mirès in seinem Vorzimmer ein. Die Aktien der Caisses Mirès, welche man gestern Morgen noch zu 40 bis 45 frs. haben konnte, welche bezugsnehmend gelang schon Samstag einige tausendfrange aus Donau eingekauft waren, stiegen gestern auf 70 und heute auf 170 frs.! Man sagt, Mirès selbst sei es, der bereits zu laufen angefangen habe. Keine flieg mit auf 70. Die „Le Temps“ macht,

ohne ein Wort zu verlieren, eine charakteristische Demonstration. Das Orakel in ihrer heutigen Nummer nach einander die Auftheilung der Würdenschon Sachab. Das erste Urtheil vom 14. Juli 1861 vom Pariser Appellationsgericht vom 29. August, vom Kassationshof vom 28. Dezember, und endlich das freisprechende Urtheil des Gerichtshofs von Douai vom 21. April 1862.

Heute Abend endlich wurde die Preisurtheil von 1814 in Paris gegeben. Der Kaiser wird der Vorstellung beiwohnen.

Griechenland, Athen, 11. Apr. Seit gestern beginnen die Bewohner Nauplia's aus allen Thoren zu fliehen. Mehrere erfanden sich von den Rebellen die Erlaubniß zur Abreise, andere wurden wieder zurückgebracht und in's Gefängniß geworfen. Englische und französische Dampfer nahmen die Angehörigen ihrer Nationen an Bord.

Athen, 12. Apr. (Bl. Z.) Heute Nachmittag wurden folgende Telegramme aus Argos veröffentlicht:

An das Kriegsministerium: Vollständige Auflösung in den Reihen der libanesischen Militärbanden verlassen zu Wasser und zu Land die Stadt. Häufige Desertion von Unteroffizieren und Soldaten verschickter Aufregungen und politischen Verbrechen. So hoffe in kürzester Zeit wichtige Ereignisse anzukündigen zu können. Das Ende dieses traurigen Zustandes nach Herat, Merica, 30. März (11. April) 1862. Ein Oberst. General.

An das Kriegsministerium: Gestern Abend, nachdem ich telegraphirt hatte, stellen sich der Lieutenant Antonaropoulos, der Lieutenant Kononopoulos, 4 Unteroffiziere, 14 Soldaten und 4 Bediente im königlichen Lager ein. General Sahin. (31. März - 12. Apr. Auch gestern kamen 14 Soldaten und Bediente im Lager an.)

An das Kriegsministerium: Panagiotis Javidis ist gestern nach Nauplia gekommen und sagte aus, daß er von Michael Saccos 23,000 Drachmen Lösegeld verlangt. Die Gegebenen hiebei ist gestern Abend zu Ende gegangen. Die Rebellen haben den A. Javidis auf die Palanque geschleppt - sein Leben steht in Gefahr. Deswegen ist heute Nachmittag, daß sie Nauplia verlassen, wenn er nicht befreit werden sie ihn umbringen. Argos, 31. März (12. April) 1862. Der Kommandeur General.

Vermischte Nachrichten.

Leipzig, 22. Apr. (Stroh, Ostbayer.) Gestern Abend wurde das dreitägige Lustspiel „Gyrgonidie und Fletch“ von Heinrich Gellert, die dramatische Erstlingarbeit eines hiesigen Schriftstellers, vor sich auf dem Theater des Gartens gespielt. Die Aufführung war sehr gelungen, die Aufführung in der ersten Vorstellung hatte eine merkwürdige, durch eine lange Kette interessanter und heiterer Momente verküßt, und durch drastische Situationen, welche durch zahlreiche Epi- gones geschuldet, Summa bis ans Ende hin mit ausnehmender Gelehrigkeit wird die Wirkung noch dadurch, daß gar manches Element mit geschultem Geist aus der unmittelbaren Lebenspraxis herangezogen und künstlerisch verarbeitet worden ist. Vielleicht dürften sich für die weitem Darstellungen einige

Reduktionen, sowie die Ausschaltung einiger Scenen empfehlen, die Fortschritte notwendig zu Sach gehören. Auch andere Bühnen dürfte das Lustspiel willkommen sein, und wir verstehen nicht, sie sofort darauf aufmerksam zu machen. Gerechtigkeit würde dahingegen sehr gut namentlich von dem Publikum geboten, in dem Prospekt der Vorstellung wieder eines Jenei ergeblichen Genre-Bilder zu schaffen, worin schon so häufig seine Meisterhand gezeichnet hat. Keineswegs gilt von Hrn. Dent, auch die anderen Rollen waren durch die Damen Schickels und Schindels, sowie die Hrn. Bruttos, Robertstein u. A. bestens vertreten. Schließlich wurde der Verfasser nicht den Hauptrollen, sondern dem Titelrolle betraut.

Am Ende März hand der Bruchführmann Partei dicker, Lagend vor dem Landgericht, behauptete, vor einigen Wochen sei ihm eine ihm gehörige Gans, entlaufen; vor einigen Tagen habe sich dieselbe wieder in seinem Hofraum eingefunden. Mit ihr seien zwei Schübe der Frau Jung in seinen Hof gekommen und hätten sich dieser Gans gewarnt, mit der Behauptung, sie sei ihnen, bemächtigt. Die behauptete Frau Jung behauptete, nur der Gericht, die Gans gehöre ihr. Gleiches behauptete der Bruchführmann. Das Landgericht machte die Vertheilung der Gans; sie sollte am Nachmittag die Gans auf den Eiertray legen und da beobachtet lassen, in welchen Hofraum sie sich Abends begeben, dem gehöre die Gans, während die andere Partei, die Anklagen tragen müsse. Dieser Vorfall wurde angenommen und die Gans an das untere Ende der Eiertray gelegt, und hier beobachtet. Als es nun Abend wurde, schwang sie zum Hofraum ihre Flügel und trat ganz gemächlich ihren Hof nach der Schänke hin an, man hörte in dieselbe und sah sich durch Nacht irremachen, ging bis an das Scherenthor des Bruchführmanns Partei, legte sich dort, hingestrecktes dreimaliges Schreien ihre Antwort an, und man hörte in ihre Gans die Scherenthor in den Hof ihres alten Wirths. Ein Scher mit seiner Herde mußte auf der Straße stille halten, damit die Gans ungehindert ihren Hofraum forscher konnte. So haben sich viele Leute eingefunden, um den Gang derselben zu beobachten.

Mit der Gans führt man, daß es in den letzten Tagen bedeutend kälter war, als im verflohenen Winter. Dabei fand ein so großer Schneefall statt, daß Straßen und Gassen mehrere Stunden mit Schnee bedeckt waren.

Großherzogliches Hoftheater. Freitag 25. Apr. 2. Duetten. 54. Abonnementvorstellung: Maria Stuart in Schottland; Schauspiel in 5 Akten von M. v. Schiller. Sonntag 27. Apr. 2. Duetten. 55. Abonnementvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: Die Eschliten-Jahrt von Nowgorod; große Oper in 4 Akten von Fejrn. Joseph v. Aussenberg. Musik von Joseph Strauß.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. J. Helm. Dresden.

Großherzogliches Hoftheater. Freitag 25. Apr. 2. Duetten. 54. Abonnementvorstellung: Maria Stuart in Schottland; Schauspiel in 5 Akten von M. v. Schiller. Sonntag 27. Apr. 2. Duetten. 55. Abonnementvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: Die Eschliten-Jahrt von Nowgorod; große Oper in 4 Akten von Fejrn. Joseph v. Aussenberg. Musik von Joseph Strauß.

